

[Die Staatsanwaltschaft hat den Fall eines Kohlelieferanten für das Wärmekraftwerk Trypillya an das Gericht weitergeleitet](#)

13.04.2026

Die Staatsanwaltschaft hat die Anklageschrift gegen den Geschäftsführer des Unternehmens, das Kohle für den Betrieb des Wärmekraftwerks Trypilska geliefert und mehr als 24 Millionen Hrywnja Mehrwertsteuer nicht entrichtet hat, an das Gericht weitergeleitet.

Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels aus der [Onlinezeitung Ekonomitschna Prawda](#). Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei [Ukraine-Nachrichten](#) verwendeten Konventionen.

???

Die Staatsanwaltschaft hat die Anklageschrift gegen den Geschäftsführer des Unternehmens, das Kohle für den Betrieb des Wärmekraftwerks Trypilska geliefert und mehr als 24 Millionen Hrywnja Mehrwertsteuer nicht entrichtet hat, an das Gericht weitergeleitet.

Dies teilt das Büro des Generalstaatsanwalts mit.

Die Staatsanwälte der Generalstaatsanwaltschaft haben die Anklageschrift gegen den Geschäftsführer des Unternehmens, das Kohle an die Aktiengesellschaft „Centrenergo“ für den Betrieb des Wärmekraftwerks Trypilska lieferte – eines Kraftwerks, das Strom für den zentralen Teil der Ukraine erzeugt –, an das Gericht weitergeleitet.

Im Januar und Februar 2024 erhielt das Unternehmen von „Centrenergo“ Gelder als Vorauszahlung für Kohle sowie als Bezahlung für deren Lieferung. In einem solchen Fall ist das Unternehmen gesetzlich verpflichtet, die Mehrwertsteuer zu berechnen und zu erklären.

Den Ermittlungsergebnissen zufolge hat der Direktor dies versäumt, und die Mehrwertsteuerverbindlichkeiten wurden in der Berichterstattung nicht ausgewiesen. Infolgedessen flossen dem Haushalt mehr als 24,1 Mio. Hrywnja nicht zu, was gemäß den gesetzlichen Bestimmungen einen besonders hohen Betrag darstellt.

Die Handlungen des Angeklagten werden als vorsätzliche Steuerhinterziehung durch einen leitenden Angestellten des Unternehmens eingestuft, die dazu geführt hat, dass dem Haushalt Mittel in besonders hohem Umfang vorenthalten wurden. Der Fall wird vor Gericht verhandelt.

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 229

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.